



PRESSEMITTEILUNG

29. Oktober 2020

MEDIENTAGE MÜNCHEN 2020 vom 24. bis 30. Oktober

Desinformation und Demokratie – Mediale Verantwortung und eine europäische Perspektive

„Nicht zerstören, was man schützen will“

München – Die Gesellschaft muss einen Diskurs über Desinformation in Onlinemedien führen. Dies forderte eine Diskussionsrunde im Rahmen des Europatages, der von der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und dem Institut für Europäisches Medienrecht (EMR) im Rahmen der MEDIENTAGE MÜNCHEN veranstaltet wurde. Wichtig sei ein kompetenzübergreifender Austausch zwischen den Bundesländern, den EU-Staaten und der EU-Kommission mit den betroffenen Unternehmen, aber auch mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Wissenschaft und Journalismus.

Dr. Tobias Schmid, Direktor der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der European Regulators Group for Audiovisual Media Services (ERGA), machte gleich zu Beginn der Diskussion deutlich, dass er die Regulierungskompetenz beim Gesetzgeber sehe. Eine Selbstregulierung („Code of Practice“) durch die Plattformen sei auch wichtig. Er wolle sich aber nicht auf Unternehmen verlassen, wenn es darum gehe, rechtssicher zwischen dem Gut der Meinungsfreiheit und sogenanntem „coordinated inauthentic behaviour“ zu differenzieren. Dabei handelt es sich um die gezielte technische und inhaltliche Manipulation von Inhalten, die den Anschein journalistischer Information vermitteln.

Sabine Frank, zuständig für Governmental Affairs and Public Policy für die deutschsprachigen Länder bei YouTube, wünschte sich, dass sich weitere Plattformen Selbstregulierungen unterwerfen würden. Sie wolle nicht, dass die Löschung manipulierter Inhalte vom Gesetzgeber vorgegeben werde, und plädierte dafür, dass Plattformen bei strafbaren Inhalten nicht zwingend Anzeigen erstatten müssten. Die schwierige Differenzierung zwischen Meinungsfreiheit und Desinformation bedeute nicht nur für digitale Plattformen einen Spagat, sondern auch für Medienaufsicht und Regulierer.

Viola von Cramon-Taubadel, die für Bündnis 90/Die Grünen im Europäischen Parlament sitzt, berichtete aus der Arbeit des Sonderausschusses zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation, kurz: INGE. Er konstituierte sich im September 2020, nachdem die italienischen Sozialdemokraten im Parlament die Unterstützung von Matteo Salvini und seiner Lega Nord durch Internetgruppen im vergangenen Wahlkampf problematisiert hatten. Es gebe, so erklärte von Cramon-Taubadel, gute einzelne Initiativen aus der EU-Kommission zum Thema. Sie forderte aber einen verbesserten Austausch der EU-Gremien mit Experten, Journalisten und Fakten-Checkern wie denen des Recherchebüros Correctiv. Die Gesellschaft müsse resilienter gemacht werden. Das erarbeitete Wissen müsse über die örtlichen Medien in die Mitgliedsstaaten getragen werden.

Auch Renate Nikolay, Kabinettschefin von Věra Jourová, der Vizepräsidentin der EU-Kommission, unterstrich die Notwendigkeit klarer Regulierung und der Überarbeitung von teils veralteten Richtlinien. Aktuell arbeite die EU-Kommission an drei Instrumenten für Onlinemedien und die Internetwirtschaft, die – so der Plan – am 2. Dezember dieses Jahres verabschiedet werden sollen:

Der Digital Services Act (DSA) solle die zwanzig Jahre alte E-Commerce-Richtlinie ersetzen und Basisregeln für die Plattform-Ökonomie formulieren. Der European Democracy Plan baue auf dem DSA auf und solle im Hinblick auf Wahlintegrität und Desinformation Vorschläge für Sonderregeln enthalten. Die EU-Kommission denke über Regeln zur politischen Werbung nach und über eine Initiative zur Sicherheit von Journalisten, sagte Nikolay. Der Media Action Plan wiederum solle den Medien in der Europäischen Union „einen Boost“ geben, um dem Thema Desinformation Herr zu werden und den stark durch die digitale Krise und Covid-19 gebeutelten Sektor zu unterstützen.

Renate Nikolay unterstrich, dass die EU-Kommission keinesfalls ein „Wahrheitsministerium“ implementieren wolle. Sie bekräftigte explizit die Bedeutung der Meinungsfreiheit. Diese solle im Dialog mit den EU-Mitgliedsstaaten, den deutschen Bundesländern sowie Experten, Journalisten und NGOs mit klaren Definitionen und Regeln geschützt werden. Nikolay berichtete von einer guten Kooperation mit den Plattformen.

Sabine Frank plädierte noch einmal für die Handlungsfreiheit der Plattformen in der Anwendung ihrer Hausrechte. Sie unterstrich die Fortschritte, die die großen Intermediäre auf der Basis ihrer Selbstverpflichtung gegen Desinformation bereits erreicht hätten. YouTube habe beispielweise eine „Threat-Analysis“-Gruppe aufgebaut, die den Dienst nach gezielten Attacken von einzelnen Staaten auf Regierungen durchsuche. Die Angriffe würden in einem Bulletin zusammengefasst, das quartalsmäßig veröffentlicht werde.

Tobias Schmid zeigte sich erfreut über das Engagement der EU-Kommission. Desinformation sei ein ernstzunehmendes Problem für demokratische Gesellschaften. Er glaube nicht, dass die Plattformen das aus eigener Anstrengung bewältigen könnten. Unabhängig davon, wer am Ende die Gesetzgebungskompetenz habe, sei es wichtig, dass dieses Thema jetzt weg von den Unternehmen hin in den öffentlichen Diskurs und letztlich in die Parlamente getragen werde. Die Meinungsfreiheit müsse bei allen Überlegungen an erster Stelle stehen: „Man darf natürlich nicht das zerstören, was man schützen will.“

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.medientage.de.